

# Von Klebern und Folterverbot

Andrea Caroni  
redaktion@appenzellerzeitung.ch

Ich beginne mit dem Tiefpunkt der soeben beendeten Frühlings-session: Trotz engagierter Debatte konnten wir Ständeräte eine Motion nicht aufhalten, die gewisse Täter in Folterstaaten ausliefern will. Damit verletzen wir das «innere Heiligtum» des Rechtsstaates. Wir foltern nicht und lassen nicht foltern, nicht einmal die Folterknechte. Nicht zum Schutz der Folterknechte, sondern zum Schutz unserer Werte. Geben wir diese im blinden Eifer gegen die blinden Eiferer auf, werden wir irgendwann wie sie. Immerhin: Die Motion lässt sich kaum umsetzen.

Doch nun zu Erfreulicherem: Aus Appenzeller Sicht besonders relevant ist der Ausbauschritt 2035 im Bahnverkehr. Darin sind auch für die Ostschweiz einige Verbesserungen vorgesehen. Dazu trägt primär der Brüttener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur bei, aber auch der Planungsauftrag, die Ost-West-Strecke generell auszubauen und zu beschleunigen (hier wirkte das kombinierte Lobbying von Romandie und Ostschweiz). Dazu haben wir die Doppelspur Rorschach-Rorschach Stadt ins Programm aufgenommen.

Der Nationalrat debattierte parallel dazu den Ausbauschritt 2019 der Nationalstrassen. Dabei konnte der Zubringer Appenzellerland samt Umfahrung Herisau noch nicht ernsthaft thematisiert werden, da die Strasse als N25 erst per 2020 überhaupt auf den Bund übergeht. Die Appenzeller Parlamentarier bleiben dran. Dafür ging im Nationalrat bereits das 3. Agglomerationsprogramm über die Bühne. Im Vorfeld war es gelungen, dass der Bahnhof Herisau aufgenommen wurde.

## Zwei Volksinitiativen diskutiert

Gleich die ganze Welt umspannen soll die Konzernverantwortungs-Initiative (KVI). Die Initiative will, dass ein Geschädigter unter Umständen direkt gegen die Muttergesellschaft in der Schweiz klagen kann, wenn deren Tochtergesellschaft im Ausland einen Schaden verursacht. In der Kommission haben wir extra eine Subkommission eingesetzt, um hierzu einen Gegenentwurf zu erwirken, der die Initianten und die betroffene Wirtschaft als Kompromiss befriedigt. Am Ende wurde klar: Angesichts aller roten Linien beider Seiten ist ein Kompromiss ausser Reichweite. Daraufhin hat der Ständerat auf einen Gegenentwurf verzichtet. Entweder findet der Nationalrat nun das Ei des Kolumbus, oder wir stimmen darüber ab.

Die zweite Volksinitiative, die wir berieten, heisst «Mehr bezahlbare Wohnungen». Sie fordert ziemlich starke Eingriffe in den ohnehin bereits stark regulierten Wohnungsmarkt. Der Ständerat beschloss dazu einen Gegenentwurf. Ich gehe davon aus, dass die Initiative zurückgezogen wird. Im Rat habe ich mich dagegen gewehrt, dass wir den Fünfer und das Weggli geben, also sowohl Initiative als auch Gegenentwurf umsetzen, wie das die Initianten anstrebten. Weiter schafften wir eine kleine

Reform der Ergänzungsleistungen (EL), deren Kosten explodieren. Der grosse Wurf blieb zwar aus, aber immerhin verhindern wir neu, dass Leute mit relevantem Vermögen (über 200000 Franken pro Ehepaar, exklusiv Eigenheim) weiterhin EL beziehen können, wie das heute teilweise der Fall ist.

Einen Slalom fuhren wir punkto Krankenkassen-Franchise: An sich wollten beide Räte eine sanfte Anpassung der Mindestfranchise, doch machte die grösste Partei im Nationalrat in letzter Sekunde einen wahltaktischen Schlenker und versenkte die Reform. Als Kommissions-sprecher konnte ich verhindern helfen, dass eine Bewilligungspflicht für ausländische Redner eingeführt würde. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut und gegen konkret gefährliche Agitatoren gibt es rechtstaatliche Instrumente, von Einreiseverboten bis zur Strafverfolgung. Weiter begleitete ich als Kommissions-sprecher die Einführung einer Regulierungsbremse. Neu soll es ein qualifiziertes Mehr brauchen, wenn eine neue Regulierung hohe Kosten auslöst. Der Bundesrat muss nun die nötige Verfassungsänderung ausarbeiten. Weiter reichte ich ein Postulat



Andrea Caroni, FDP-Ständerat AR.  
Bild: KEY

ein, das die Bürokratie in der Landwirtschaft unter die Lupe nehmen soll. Ein anderes Postulat von mir wurde schon angenommen; der Bundesrat muss aufzeigen, welchen belastenden und entlastenden Spezialregeln die Landwirtschaft im Vergleich zu andern Akteuren unterliegt.

## CH-Kleber und E-Führerschein

Sodann reichte ich eine Motion zur Modernisierung des Stockwerkeigentums ein. Eine weitere Motion von mir verlangt gleichlange Spiesse für private Unternehmen gegenüber Staatsunternehmen; die Mehrheit der Ratsmitglieder hat unterschrieben.

Ausserdem verlange ich vom Bundesrat mittels Interpellation zu wissen, wann die nächste Aufgabenentflechtung kommt. Viele Aufgaben, zum Beispiel Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligung, sind Verbundaufgaben von Bund und Kantonen, wären aber effizienter einer einzigen Ebene zugeteilt.

Mit einer weiteren Interpellation fragte ich den Bundesrat, wann der E-Führerschein oder der E-Pass komme. Und schliesslich fragte ich den Bundesrat per Interpellation, ob er bereit sei, das «CH-Zeichen» in die Autoschilder einzubauen. Die Chancen stehen gut, denn die Autoschilder müssen ohnehin neu gestaltet werden. Damit beseitigt man nicht nur ein (zugegebenermassen kleines) Ärgernis der Autofahrer, die im Ausland wegen des Fehlens eines eigenständigen «CH-Klebers» gebüsst werden. Vor allem verhindert man damit eine (tatsächlich geplante) Verfassungsabstimmung – warum kompliziert, wenn's auch einfach geht.

# Eine Überraschung zum Abschluss

David Zuberbühler  
redaktion@appenzellerzeitung.ch

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am letzten Freitag die Frühjahrs-session abgeschlossen. 14 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach. Dass die Erhöhung der Krankenkassen-Franchisen abgelehnt wurde, war die grosse Überraschung zum Schluss der Session.

Die Krankenkassen-Franchisen werden nicht erhöht. Der Nationalrat hat die Vorlage in der Schlussabstimmung abgelehnt. Den Ausschlag gab die SVP, und dies nicht aus Angst vor einem allfälligen Referendum. Meine Partei steht für mehr Eigenverantwortung in allen Bereichen ein. Dennoch hat die SVP-Fraktion die Anpassung der Krankenkassen-Franchisen an die Kostenentwicklung deutlich abgelehnt. Um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen und weil Umverteilungsmassnahmen keine Lösung sind, müssen alle, auch die Pharma-Branche, Krankenkassen, Ärzte, Spitäler und Kantone ihren Beitrag leisten.

## SVP will Schweizerpsalm schützen

«Tritt im Morgenrot daher...», die Nationalhymne ist ein Symbol für unsere Heimat wie das Schweizer Kreuz oder unsere Berge. Sie erinnert uns daran, dass die Schweiz auf christlichen Grundwerten basiert. Vielleicht gerade deswegen gerät der Schweizerpsalm immer mehr unter Druck. Durch die Hintertür wollen gewisse Kreise unsere Hymne, welche 1841 komponiert wurde, abschaffen. Der neue Text wird bereits an Schu-

len im Appenzellerland gesungen und unseren Kindern beigebracht. Um Himmels willen! Um unsere Nationalhymne zu schützen, wollte sie die SVP in einem Gesetz verankern. So hätte über eine Änderung der Hymne immer eine Volksabstimmung verlangt werden können. Doch einer Mehrheit der Nationalräte, die das Anliegen ablehnte, ist die Nationalhymne offensichtlich egal.

Zugegeben, das kühle Blonde zählt auch zu meinen Lieblingsgetränken. Was aber viele nicht wissen: Auf alkoholhaltigem Bier oder Biermischgetränken erhebt der Staat eine Steuer. 120 Millionen nimmt der Bund mit der Biersteuer jährlich ein. Ein parlamentarischer Vorstoss aus der SVP verlangte nun, diese Steuer abzuschaffen. Der Nationalrat nahm die seltene Möglichkeit, eine willkürlich eingeführte Steuer abzuschaffen (es gibt keine vergleichbare Steuer auf Wein), nicht wahr, und versenkte das liberale Anliegen mit 110 zu 70 Stimmen bei drei Enthaltungen. Mit jedem Schluck Bier landen somit auch weiterhin 3 Rappen in der Kasse des Bundes.

Anstatt der EU klar mitzuteilen, dass sich die Schweiz nicht dem Diktat des Institutionellen



David Zuberbühler, SVP-Nationalrat AR.  
Bild: Keystone



Die diesjährige Frühlings-session endete am vergangenen Freitag.

Bild: Anthony Anex/Keystone

Rahmenabkommens unterwirft, stimmten während der Frühlings-session im Nationalrat alle Parteien ausser der SVP für die Bezahlung von 1300 Millionen Franken an die EU. Zudem wurde der Antrag der SVP, die Kohäsionsmilliarde dem Referendum zu unterstellen, abgelehnt. Das Stimmvolk wird sich somit nie zu dieser exorbitant hohen Zahlung äussern können. Immerhin ist es gelungen, die Zahlung an minimalen Bedingungen zu knüpfen. Trotzdem bin ich nach wie vor der Meinung, dass es nach all den diskriminierenden Massnahmen und Druckversuchen der EU falsch wäre, Zahlungen in irgendeiner Form zu leisten.

In der Schweiz gäbe es genügend Personen, in welche dieses Geld viel sinnvoller investiert wäre. Ich denke beispielsweise an Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang gearbeitet und immer Beiträge in die AHV und Pensionskasse einbezahlt haben, denen im Alter aber trotzdem nicht genug zum Leben bleibt.

## Ausbau der Verwaltung stoppen

Der Nationalrat hält an einer fixen Obergrenze für den Personalbestand des Bundes fest. Anders als der Ständerat lehnte er es ab, eine Motion aus dem Jahr 2015 abzuschreiben. Damals hatten die Räte den Bundesrat beauftragt, den Personalbestand auf dem aktuellen Niveau einzufrieren, nämlich bei 35000 Vollzeitstellen.

Der Bundesrat will den Auftrag aufheben, weil der Stellenbestand inzwischen anders berechnet werde. Nun muss sich der Ständerat noch einmal mit der Abschreibung befassen. Gleichzeitig hat der Nationalrat auch eine Motion seiner Finanzkommission angenommen, welche die Personalausgaben auf dem Stand dieses Jahres einfrieren will. Der andauernde Ausbau der Verwaltung ist endlich zu stoppen, schliesslich beträgt der durchschnittliche Nettolohn unserer Bundesangestellten aktuell nicht weniger als 122000 Franken.

Mit den Stimmen der SVP stimmte der Nationalrat einer Steuererleichterung für Familien zu. Der allgemeine Abzug pro Kind wird von 6500 auf 10 000 Franken angehoben. So werden Familien steuerlich entlastet, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder in eine Krippe geben.

Am Dienstagabend der dritten Sessionswoche feuerte ich zusammen mit «Fifa-Kenner» und Nationalrat Roland Büchel aus Oberriet unseren FC Nationalrat in der Stockhorn Arena in Thun an. Der FC Nationalrat kickte gegen den weltgrössten Fussballverband Fifa. Unter anderem spielten Fifa-Präsident Infantino sowie Goalie-Legende und Namensvetter Zuberbühler für den Gast aus Zürich, der letztlich mit 6:1 siegte.

Im Anschluss an den Match musste ein obligates Selfie mit dem ehemaligen Torhüter unserer Nationalmannschaft einfach her. Ob zwischen uns Zubis eine mögliche Verwandtschaft besteht, ist übrigens noch nicht restlos geklärt.